

DIESE GRÜNEN!

Eine teure beleuchtete Kuhwiese

■ Symbolische Trauerfeier für die Beerdigung des Gewerbegebiets Kleine Höhe

Da die Verwaltung innerhalb von 2 Jahren nicht in der Lage war, die Gesamtkosten für Ankauf, Planung und Entwicklung der Kleinen Höhe als Gewerbefläche zu beziffern, stellte die GRÜNE Fraktion diese Frage noch einmal schriftlich in der Ratssitzung am 24.05.2004.

Die Antwort war nach wie vor ausweichend. Einzig die Aussage, dass die Stadt über den Verkauf von Flächen an potentielle Investoren für "einen angenommenen Verkaufspreis pro qm von 70 Euro eine rechnerische Einnahme von 15,8 Mio. Euro" erzielen will und damit die Kosten refinanzieren könnte, untermauert die Schätzung der GRÜNEN, dass mindestens 14 Mio. Euro für die Erschließung der Kleinen Höhe anfallen werden. Ob die Rechnung der Stadt hier aufgeht, kann durchaus bezweifelt werden.

Aus diesem Grund stimmten die GRÜNEN auch gegen den "Masterplan zur Entwicklung der Wuppertaler Gewerbeparks", da er die Entwicklung der Kleinen Höhe zum Gewerbepark beinhaltete. Die Verwaltung, die Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP halten also weiter an der Darstellung der Kleinen Höhe als „hochwertigem“ Gewerbepark fest.

Seit Jahrzehnten wird dieses umstrittene Projekt immer wieder diskutiert. Bündnis 90/DIE GRÜNEN lehnen die Kleine Höhe als Gewerbegebiet genauso ab wie Umweltverbände und Bürgerinitiativen. Das Resultat einer Bebauung der Kleinen Höhe wird die Zerschneidung eines ökologisch sehr wertvollen Grünzuges mit überregionaler Bedeutung sein, der insbesondere im Rahmen einer regionalen Landwirtschaft dringend gebraucht wird. Darüber hinaus ist sie eine wichtige Kaltluftentstehungsfläche für Elberfeld und bietet vielen Tieren und Pflanzen wertvollen Lebensraum.

Nach dem Beschluss des Rates, der die Erschließung der Kleinen Höhe in seinem Masterplan zementiert, wurden drastischere Maßnahmen notwendig: Mehrere Wuppertaler Verbände folgten dieser Beerdigung der Kleinen Höhe im Rat mit einer Trauerfeier am 03.07. vor Ort, an der sich viele GRÜNE in passender Kleidung beteiligten und noch einmal die Forderung auf Verzicht der Erschließung als Gewerbegebiet Nachdruck verliehen. Nicht die Kleine Höhe wurde zu Grabe getragen, sondern das Vorhaben, sie zum Gewerbegebiet zu erschließen, wurde beerdigt. Auch die GRÜNE Fraktion kämpft weiter hartnäckig gegen ein Gewerbegebiet Kleine Höhe, versprochen!

Beerdigung eines Gewerbegebietes: der GRÜNE OB-Kandidat Lorenz Bahr trauert mit.

Engagement gegen GENnuss

■ 70% der EuropäerInnen lehnen Genfood ab

Die Regelungsfreude der Europäischen Union beschert uns im Abstand von wenigen Wochen immer wieder neue Gesetze zum Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO).

Sie sollen der Vorbeugung vor den möglichen Gefahren der Gentechnik dienen und vor allem den VerbraucherInnen die Wahlfreiheit zwischen gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln garantieren. Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel stehen nach wie vor im Verdacht, langfristig Krankheiten und Allergien auszulösen. Dies ist der vorherrschende Grund, weshalb etwa 70% der europäischen Bevölkerung Genfood ablehnen. Seit Mitte April 2004 müssen Lebensmittel mit gentechnisch veränderten Inhaltsstoffen in Deutschland gekennzeichnet werden. Die VerbraucherInnen müssen aber schon genau hinschauen, denn der Hinweis findet sich im "Kleingedruckten" - als Randbemerkung bei der Zutatenliste. Eine hundertprozentige Sicherheit bietet die Kennzeichnungspflicht dennoch nicht: Gentechnische Inhaltsstoffe müssen erst dann deklariert werden, wenn sie einen Anteil von mehr als 0,9 % am Produkt ausmachen. Geringere "Spuren" sind nicht kennzeichnungspflichtig. Auch tierische Produkte wie Fleisch, Milch oder Eier von Tieren, die gentechnisch verändertes Futter bekommen haben, fallen aus der Kennzeichnungspflicht heraus. Eine in der Öffentlichkeit oftmals unbekannte Gefahr resultiert aus einem Verfahren der Gentechnik: Um zu überprüfen, ob die gewünschte Genmanipulation stattgefunden hat, werden Antibiotikaresistenzgene als sogenannte Markergene eingesetzt. Durch diese Methode wird die Entwicklung von Resistenzen gegen wichtige in der Medizin verwendete Antibiotika gefördert. Dieser Entwicklung muss vor dem Hintergrund, dass in Krankenhauslaboratorien immer mehr hochresistente Erreger isoliert werden, entgegengewirkt werden! Der Nutzen von GVO ist darüber hinaus

auch moralisch und ökologisch äußerst umstritten. Durch Patente auf das Saatgut sichern sich Konzerne in den westlichen Industrienationen die Abhängigkeit der Landwirte in den Entwicklungsländern. Gleichzeitig wirkt sich der Anbau von Genpflanzen nachteilig auf die Umwelt aus, da sie meist nur mit Hilfe hoher Dosen von Herbiziden in weiträumig angelegten Monokulturen gedeihen. Zum einen gelangen die eingesetzten Herbizide in Boden und Gewässer. Zum anderen werden durch ihren Einsatz zahlreiche Wildpflanzen geschädigt, was langfristig zu einer Verringerung der Artenvielfalt führen kann. Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass durch Spontan-Mutationen die Wirkung der gewünschten Genmanipulation wieder aufgehoben wird. Sollte dieser Fall eintreten, nachdem eine globale Umstellung der Landwirtschaft auf GVO stattgefunden hat, wäre das eine Katastrophe für die weltweite Ernährungssituation!

Fortsetzung Seite 4

AUS DEM INHALT

„Hartz IV“- Ein Drahtseilakt S. 2

Sperrmüll: GRÜNE Vorschläge S. 2

Regionale muss gerettet werden S. 3

„Soziale Stadt“ - gibt es sie noch? S. 3

Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser,

zunächst einmal: wir haben uns sehr über das Europa-Wahlergebnis gefreut:

15,7 Prozent der Wählerinnen und Wähler in Wuppertal wollten Bündnis 90/DIE GRÜNEN ins Europaparlament entsenden.

Für diese großartige Unterstützung danken wir Ihnen ausdrücklich und bitten Sie, unser Engagement auch zur Kommunalwahl im Herbst so zu unterstützen.

Mit der Ausgabe unserer Zeitung, die Sie in den Händen halten, verabschieden wir uns zunächst in die Sommerpause und wünschen Ihnen schöne Ferien, wo immer Sie diese verbringen.

Genießen Sie die Urlaubszeit und bleiben Sie uns gewogen,

Ihr Redaktionsteam

KURZ & klein „Hartz IV“ - Ein Drahtseilakt

■ Zum Versuch, eine Reform zu retten

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist im Grundsatz richtig.

Sie jedoch für mehr als die Hälfte der Betroffenen mit einer Leistungskürzung zu verbinden, vom Rest der einen Hälfte gar nichts mehr zu zahlen und der anderen das Gleiche oder etwas mehr als bisher, ist mit unseren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit nur schwer in Einklang zu bringen.

Maßgeblichen Anteil an der zunehmenden Verschlechterung der Gesetzesvorlagen der Regierungskoalition hat die Haltung des CDU-dominierten Bundesrates, dessen Zustimmung für alle wesentlichen Teile des Gesetzespaketes „Hartz IV“ erforderlich ist. Der

Vermittlungsausschuss hat sich Ende Juni geeinigt und will - komme, was wolle - die Umsetzung von Hartz IV zum 01.01.2005 beibehalten.

Dies bedeutet für Wuppertal, dass die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Agentur für Arbeit mit Hochdruck an der Umsetzung arbeiten muss, um vor allem den reibungslosen Übergang auf das neue Zahlungssystem sicherzustellen. Betroffen sind mehrere zehntausend Menschen im Tal.

Sachstand in Wuppertal

Begonnen wurde in Wuppertal bereits mit der Umstrukturierung und es sind hier auch schon Fortschritte zu verzeichnen. Das Wuppertaler Sozialamt und die hiesige Arbeitsverwaltung haben sich auf ein gemeinsames Verfah-

ren zur künftigen Bearbeitung der neuen Gesetze geeinigt. Erfreulicherweise sind in diese Bemühungen auch die Wohlfahrtsverbände als Träger sozialer Arbeit eingebunden, wenn auch nicht in dem Maße, wie Bündnis 90/DIE GRÜNEN Wuppertal sich dies gewünscht hätten. Leider gelang es uns nicht, die Einbeziehung von Selbsthilfegruppen in den Vorbereitungsprozess der Umsetzung von Hartz IV zu ermöglichen. Ein entsprechender Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Sozial- und Gesundheitsausschuss wurde von den Fraktionen von SPD, CDU und FDP abgelehnt. Vergleichbar man jedoch die Situation in Wuppertal mit der in manch anderer Kommune, haben wir Anlass zur Hoffnung auf eine weitgehend funktionierende Umstellung.

Auch die für Wuppertal ins Auge gefasste Dezentralisierung der künftigen gemeinschaftlichen Verwaltung unter Inanspruchnahme der bisherigen Bezirkssozialdienste ist ein Schritt in die richtige Richtung. An unserer grundsätzlichen sozialpolitischen Kritik in Bezug auf weite Teile der Hartz-Gesetze machen wir auch weiterhin keine Abstriche.

Nunmehr muss es aber im Interesse der vielen betroffenen WuppertalerInnen darum gehen, das Beste aus der Lage zu machen und dafür zu sorgen, dass in 2005 die Existenzgrundlage all derjenigen Menschen in Wuppertal sichergestellt bleibt, die auch künftig nicht in der Lage sein werden, dies durch ausreichendes Arbeitseinkommen selbst zu regeln.

Nichts Neues auf der Platte

Bereits im Sommer des vergangenen Jahres versammelten sich einmalig 19 Herren und eine Dame der Verwaltung vor der Schwebebahnstation Döppersberg, um über Maßnahmen zur Vertreibung der Menschen, die sich täglich dort versammeln, zu beraten. Leider hatte man vergessen, die Besitzerin des KöBo-Hauses, Frau Rau (nicht Christina!) einzuladen.

Daraus entstand ein Maßnahmenkatalog mit 33 Positionen. In der Juni-Sitzung der Bezirksvertretung Elberfeld folgte die Bestandsaufnahme: Außer Hütchen auf den Mauern und dem Einspielen klassischer Musik wurde nichts umgesetzt. „Da sind 19 Herren als Tiger gestartet und gelandet ist ein Kätzchen!“ so der Elberfelder Bezirksvertreter Klaus Lüdemann.

Wir meinen, Vertreiben ist keine Lösung. Durch den Umbau des Döppersberg werden sich ganz neue Aufenthaltsräume entwickeln. Klar ist: Der Döppersberg gehört allen. Niemand hat ein Recht, seine Unterscheidung zwischen erwünschten und unerwünschten Besuchern in ordnungspolitische Maßnahmen umzusetzen. Die Stadt gehört allen!

Wer ist hier verträumt?

Lieber Jörg Heynkes, da haben wir ja noch mal Glück gehabt, dass du die GRÜNEN nur für sympathisch, offen und verträumt hältst, wo doch deiner Meinung nach im Stadtrat nur Pfeifen sitzen.

Besonders interessant finden wir deine kulturpolitischen Ambitionen in der Senatorenzeitschrift („Bergische Allgemeine“). Thematisierst du zunächst noch die „brisante Frage der zukünftigen Überlebensfähigkeit des bisherigen Drei-Sparten-Theaters vor dem Hintergrund der erheblichen Sanierungskosten im Opern- und Schauspielhaus“, schlägst du schon wenige Seiten weiter die Errichtung eines „Tanzpalastes, in dem täglich die weltweit besten und erfolgreichsten Ensembles auftreten, eine Tanzakademie Pina Bausch, in der die größten Talente ausgebildet werden und sich eine Quelle für eine zukünftige Nachfolge entwickelt“ vor.

Also, nach deiner Definition ist das irgendwie GRÜN, oder?

Sperrmüll: GRÜNE Vorschläge

■ Recyceln statt Wegwerfen als ein kreativer kommunaler Beitrag zur Nachhaltigkeit

Das Thema Sperrmüll erregt Wuppertaler Gemüter. Tonnenweise werden turnusgemäß in den Abendstunden unsere Straßen mit allerlei Abfall gefüllt.

Unkontrolliert landen neben ausrangierten Möbeln auch Elektroschrott, Küchengeräte, Verpackungsmaterial, Altkleider und sogar Hausmüll und Schadstoffe auf dem Bürgersteig, damit die hiesige Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG) alles am nächsten Tag abholt. Allerlei nützliche Gegenstände sind unter dem Gerümpel versteckt. Manch findige SachensucherInnen holen sich hier noch verwendbare Schätze heraus, zum eigenen Gebrauch oder aber zum Weiterverkauf. Professionelle Stöberer gehören auch zum vertrauten Straßenbild. Dabei kommt es nicht selten zu Wühl- und Zerfledderungsattacken, die ein Bild der Verwüstung hinterlassen. Dabei ist es laut hiesiger Abfallsatzung verboten, Gegenstände aus dem Sperrmüll zu entnehmen, denn der Sperrmüll gehört, sobald er auf der Straße steht, der AWG. So ist auch schon das eine oder andere Bußgeld durch das städtische Ordnungsamts verhängt worden. Das finden wir GRÜNEN nicht richtig und auch ungerecht, denn wer "falschen

Sperrmüll: welche Schätze sind hier versteckt?

Müll" auf die Straße stellt, wird nicht belangt. Wir wollen nicht diejenigen mit einem Bußgeld belegen, die brauchbare Dinge aus dem Sperrmüll entnehmen, sondern nur diejenigen, die Müll zerreißen und auf der Straße liegen lassen.

Eine konfliktrichtige Situation, die einer genaueren Analyse bedarf:

Fakt ist erstens, dass viele Gegenstände zum Sperrmüll gestellt werden, die dort überhaupt nichts zu suchen haben, denn Kartons kommen in den Pa-

piercontainer, Verpackungen in die gelbe Tonne, Restmüll in die graue Tonne, Schadstoffe zum Schadstoffmobil und Altkleider in die städtischen Altkleidercontainer oder können bei sozialen Einrichtungen abgegeben werden. Bei Einhaltung dieser Regeln würde bereits viel Müll von der Straße verschwinden und Entsorgungskosten könnten reduziert werden.

Fakt ist zweitens, dass viele Gegenstände, die auf die Straße gestellt werden, durchaus noch verwertbar sind.

Warum soll die AWG solche Dinge zur Müllverbrennungsanlage transportieren?

Hier setzt ein Vorschlag der GRÜNEN Fraktion an: Lasst uns doch in Wuppertal ein Gebrauchtmöbelmarkt einrichten, attraktiv und freundlich, in dem alle Interessierten gut erhaltene oder restaurierte Möbel und andere Gebrauchsgegenstände günstig erwerben können. Soziale Einrichtungen wie z. B. die GESA oder der Allgemeine Hilfskreis könnten dieses Kaufhaus betreiben, teilweise gehört die Sperrmüllverwertung jetzt schon zu ihren Aufgabenfeldern. In anderen Städten wie in Hagen gibt es bereits sehr erfolgreiche Gebrauchtmöbelmärkte, die auch gut angenommen werden.

(www.werkhof-hagen.de/MM.htm)

In einem von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gestellten Antrag wird die Stadtverwaltung beauftragt, entsprechende Modelle zu prüfen, Gespräche mit potenziellen Betreibern zu führen und dem Rat der Stadt ein Konzept vorzuschlagen, mit dem die unerfreuliche jetzige Sperrmüll-Situation in eine sinnvolle, umweltgerechte und soziale Maßnahme mündet.

Zu diesem gesamten Komplex gehört natürlich auch eine erweiterte Abfallberatung, denn vielen Bürgerinnen und Bürgern ist nicht klar, welcher Müll zum Sperrmüll gehört und welcher nicht.

Gastkommentar: Europa und die Kommunen

■ Von Sebastian Sewerin, Mitglied des Kreisvorstandes der GRÜNEN

Das Verhältnis von Kommunal- und Europapolitik stand im vergangenen Wahlkampf um das Europäische Parlament (EP) in diesem Juni deutlicher als früher im Fokus der Diskussionen.

Denn für die Kommunen gilt ebenso wie für die Bundes- und Landesebene die grundsätzliche Feststellung, dass die Auswirkungen der europäischen Integration zunehmen.

Das EP entscheidet inzwischen in Politikfeldern wie Binnenmarkt, Forschung, Umwelt- und Verbraucherschutz, Bildung, Freizügigkeit und Kultur gleichberechtigt mit dem Ministerrat, dem Beschlussorgan der Regierungen. Es lohnt sich somit, einen Schwerpunkt der Arbeit des EP in den nächsten 5 Jahren zu betrachten, der unmittelbare Bedeutung für Wuppertal haben wird. Bereits seit einiger Zeit wird auf europäischer Ebene nach einer Lösung für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – also für kommunale Dienstleistungen wie Wasserversorgung, ÖPNV, Ge-

sundheitsdienste oder Kulturförderung – gesucht. Dahinter steht der Problemkomplex, dass die Vollendung des Binnenmarktes den Abbau sämtlicher Handelshemmnisse erzwingt:

Der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital (die sog. Grundfreiheiten) darf durch staatliche Regelungen nicht beeinträchtigt werden, außerdem sind staatliche Beihilfen grundsätzlich verboten. Die Erfüllung kommunaler Dienstleistungen in ihrer jetzigen Form allerdings stellt aus Sicht des Binnenmarktes eine Verletzung sowohl der Grundfreiheiten als auch des Beihilfeverbotes dar. Aus dieser Sichtweise folgt, dass auch Dienstleistungen der Daseinsvorsorge grundsätzlich dem Wettbewerbsprinzip untergeordnet sind.

In der Konsequenz bedeutet dies: Alle kommunalen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge müssen in Zukunft ausgeschrieben werden. Auch andere Unternehmen als das "Unternehmen Stadt Wuppertal" müssen in einem solchen Ausschreibungsverfahren die Möglichkeit haben, ihr Angebot zu un-

terbreiten. Doch heißt dies nicht, dass die Stadt in Zukunft gezwungen ist, z.B. die Dienstleistung ÖPNV an den billigsten Anbieter zu vergeben.

Gemeinsam mit der sozialistischen Fraktion im EP konnten Abgeordnete von Bündnis 90/DIE GRÜNEN durchsetzen, dass Kommunen die Möglichkeit erhalten, soziale und ökologische Kriterien in einer Ausschreibung zu verankern; eine abschließende Regelung wird jedoch erst das neu gewählte EP gegen Ende des Jahres mitzuentcheiden haben.

Die durch die Europawahl verdoppelte Anzahl der Mandate (13) für Bündnis 90/DIE GRÜNEN bürgt für das Vertrauen in unsere europapolitische Kompetenz; auch weiterhin werden GRÜNE Abgeordnete die besonderen Interessen der Kommunen zu wahren wissen. Damit auch in Zukunft in Wuppertal der ÖPNV oder die Wasserversorgung in gewohnter Qualität vor Ort erbracht werden können, muss sich die Stadtverwaltung zwei Herausforderungen stellen.

Zum einen muss sie Fähigkeiten ent-

wickeln, bei Ausschreibungen von Dienstleistungen soziale und ökologische Kriterien derart zu umschreiben, dass sie am besten von lokalen Anbietern erbracht werden können. Zum anderen kann eine strategische Neuausrichtung einiger städtischer Beteiligungen (v.a. der Stadtbetriebe) notwendig werden.

Dieser Problemkomplex wird nach der nächsten Kommunalwahl im September durch den neuen Stadtrat zu bearbeiten sein.

Bisher haben die anderen im Rat vertretenen Parteien dieses Problem noch nicht ausreichend erkannt.

Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN bearbeitet das Thema seit einiger Zeit und wird im nächsten Stadtrat eine umfassende Diskussion dieses Problemkomplexes anstreben.

Vor kurzem hat die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in diesem Zusammenhang eine Anfrage an die Stadtverwaltung gerichtet.

Nähere Informationen können Sie in unserer Fraktionsgeschäftsstelle erhalten (siehe Impressum).

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 563-6204 Fax: 59 64 88
fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr,
Bettina Brücher, Michael Hohagen, Petra Lückerrath,
Klaus Lüdemann, Paul Yves Ramette, Ilona Schäfer

Gastkommentar:
Sebastian Sewerin,
Kreisvorstand Bündnis 90/DIE GRÜNEN Wuppertal

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet:
Jörg Lange

Satz und Gestaltung:
Heinz-Magazin Verlags GmbH,
Tannenbergr. 35, 42103 Wuppertal

Druck: Verlag Bitter, Recklinghausen

Auflage: 18 255

Diese Ausgabe liegt u.a. aus: im ADA und Hasret, Wiesenstraße; Theater an der Gathe; Forum Maximum im Rex; Kipdorf 29; Cafe Zweiseiten; Bahnhof Unterbarren; Cinetal; Berliner Straße; Nachbarschaftshaus; Platz der Republik; Haus der Jugend; Geschwister-Scholl-Platz; Lebensbaum, Sophienstraße; ASIA, Berg, Universität; BUND, Luisenstraße 108.

Die Abgabe ist kostenlos!

Regionale muss gerettet werden

■ Die Stadt, das Land und das Geld

Der Ausbau der Schwebbahn, dem unangefochtenen Wahrzeichen Wuppertals, hat statt der ursprünglich veranschlagten 206 Mio. bislang schon volle 400 Mio. Euro verschlungen.

Die WSW haben dies alles vorfinanziert, gingen jedoch von einer Erhöhung der Landesmittel um 120 Mio. Euro aus. Doch weit gefehlt: Der Landesrechnungshof hat kürzlich gravierende Fehler der WSW beim Schwebbahnausbau aufgelistet. Von schlechter Planung und Kalkulationsfehlern über mangelnde Informationspolitik bis hin zu Vergaberechtsverstößen ist die Rede.

Der Streit darüber, ob alle Förderanträge der WSW ordnungsgemäß beim Land eingereicht wurden, hält an und hat neue Dimensionen erreicht: Statt weitere Zuschüsse für den Schwebbahnausbau zu gewähren, fordert das Land jetzt 100 Mio. Euro zurück.

Bei den WSW zeigt man sich optimistisch: bisher seien alle erhobenen Vorwürfe entkräftet worden. Einzelheiten

wurden jedoch nicht bekannt. Eine Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes haben weder die WSW noch deren Aufsichtsratsvorsitzenden OB Dr. Kremendahl abgegeben. Es wird jedoch angekündigt, die insgesamt ausstehenden Zuschusskosten seitens des Landes notfalls per Klage einzufordern. Reine Theorie!

Als sei die Situation nicht schon katastrophal genug, gab der Regierungspräsident bereits im April bekannt, dass er die Gewinne aus dem Verkauf von Stadtwerkeanteilen nicht, wie geplant, zur Finanzierung der Regionale-Projekte freigegeben werde. Ausgenommen hiervon hat er nur den Döppersberg wegen seiner herausragenden Bedeutung. Denn die Stadt Wuppertal ist verpflichtet, der WSW finanziell unter die Arme zu greifen, sie ist der sogenannten Nachschusspflicht unterworfen. Da die WSW den Schwebbahnausbau z.T. mit Krediten vorfinanziert haben, sind hier allein 6 Mio Euro an Zinsen aufgelaufen, die nun ggf. der Stadt aufgebürdet werden. Unklar ist nun, ob die Stadt außer dem Döppersberg überhaupt noch andere Regionaleprojekte stemmen kann. Eine

vom Regierungspräsident geforderte Prioritätenliste der Regionale-Projekte wird zwar in der Ratssitzung am 19.07. beschlossen werden, welche Regionaleprojekte jedoch überhaupt noch realisierbar sind, kann zur Zeit nicht vorhergesagt werden. Die GRÜNE Fraktion hat auf Landesebene alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Klarheit in der Sache und Gespräche auf höchster Ebene zu vermitteln. Der Draht zum GRÜNEN Stadtentwicklungsminister Dr. Vesper glühte über Wochen.

Wie geht es nun weiter?

Alle Beteiligten von Landeseite, Bezirksregierung, WSW und Stadt müssen sich an einen Tisch setzen und miteinander die im Bericht des Landesrechnungshofes aufgeworfenen Kritikpunkte diskutieren und Unklarheiten beseitigen sowie eine tragfähige Lösung in vertretbarem Zeitrahmen erarbeiten. Ziel der GRÜNEN ist, ein finanzielles Fiasko für die Stadt Wuppertal zu verhindern, die Regionale 2006 zu retten und Leistungseinschränkungen beim öffentlichen Nahverkehr zur Finanzierung des Defizits der WSW abzuwehren.

Das Aushängeschild im Tal: Einzigartig und wirklich kein Schnäppchen!

„Soziale Stadt“

■ Gibt es sie überhaupt noch?

Diese Frage muss genau genommen auf den kompletten Bestand Wuppertaler Museen, Jugendzentren, Theater, Schwimmbäder, Bibliotheken und aller weiteren freiwilligen Einrichtungen der Stadt Wuppertal bezogen werden.

Ohne wirkliche Not – sprich: Anweisung durch den Regierungspräsidenten – haben CDU und FDP bei der Verabschiedung des Haushaltes 2004/2005 die sogenannten „freiwilligen Leistungen“ der Stadt etatmäßig beschnitten. Seit Ende letzten Jahres war bekannt, dass die genannten Fraktionen im Jahr 2005 EUR 750.000 und in dem darauf folgenden Jahr EUR 1.500.000 streichen wollten. Selbstverständlich ist der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die katastrophale Haushaltslage der Stadt bekannt. Bei unserer Ablehnung dieser globalen Kürzung haben wir unter anderem auch „betriebswirtschaftliche Gründe“ anführen können. Insbesondere im sozialen Bereich - z.B. bei der präventiven Jugendarbeit - führen Streichorgien wenig später zu einer Erhöhung bei anderen sozialen Leistungen, z.B. den Hilfen zur Erziehung. Dies ist auch in der Verwaltung unbestritten. Völlig unverständlich ist jedoch, dass CDU und FDP bis heute nicht sagen wollen, welche der oben genannten freiwilligen Leistungen von ihren Fraktionen gestrichen werden sollen. Die Beantwortung dieser für die soziale Stadt Wuppertal entscheidenden

den Frage wird hier bewusst auf die Zeit nach der Kommunalwahl verschoben. Nach dem jetzigen Zeitplan würde frühestens im Januar/Februar 2005 über die Verteilung der Minderausgaben entschieden werden können. Zu diesem Zeitpunkt müssten jedoch die Träger von sozialen Aufgaben in unserer Stadt die - aufgrund der Streichung notwendigen - Kündigungen schon ausgesprochen haben. Denn: ca. 85% der Kosten der Freien Träger sind Personalkosten. Aufgrund des bestehenden Kündigungsschutzes müssen hier Fristen eingehalten werden. Entsprechend dem Kommunalwahlprogramm von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird die neue Fraktion im Stadtrat sich ab dem 26.09.2004 dafür einsetzen, dass das soziale Wuppertal erhalten bleibt. Kein Mensch in Wuppertal könnte verstehen, wenn aus 14 Millionen Euro städtischen Geldern das Gewerbegebiet „Kleine Höhe“ - für das sich bisher übrigens kein einziger Investor interessiert - erschlossen wird, während Jugendhäuser oder soziale Einrichtungen geschlossen werden müssen. Jeder Euro, der im Bereich der sozialen Stadt gestrichen wird, führt in den meisten Fällen zudem zum Verlust von weiteren Fördermitteln (z.B. des Landes NRW) bei den Trägern sozialer Einrichtungen. Hier geht es dann nicht mehr darum, ob ein Jugendzentrum zwei oder drei MitarbeiterInnen hat. Die gesamte Einrichtung würde letztlich geschlossen. Auch diese Gefahr für unser soziales Wuppertal gilt es am 26. September zu verhindern!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

Wuppertal steht in den nächsten Jahren vor großen Entscheidungen.
Beteiligen Sie sich daran!

Wählen gehen!

Zwar sind die Weichen für die Regionale 2006 bereits mit bündnisgrüner Beteiligung gelegt und damit ist der Startschuss für einen nachhaltigen Strukturwandel in Wuppertal gegeben, aber das soziale Wuppertal darf darüber hinaus nicht vergessen werden.

Es ist Unfug zu glauben, dass die Mittel für soziale Projekte und die Arbeit mit Jugendlichen aus regionalen Landesmitteln finanziert werden könnten. Deshalb darf Kommunalpolitik aber auch nicht den Kopf in den Sand stecken und mit Verweis auf das fehlende Geld das soziale Wuppertal ausbluten lassen. CDU und FDP haben mit ihren Kürzungsbeschlüssen im Kommunalhaushalt 2004/05 bereits gezeigt, wohin mit ihnen zusammen die Reise geht.

Die Verantwortung für ein soziales Wuppertal liegt zu aller erst bei uns in der Stadt. Erheben Sie Einspruch, gehen Sie Wählen!

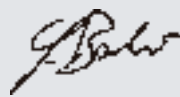
Und lassen Sie sich auch von den speziellen Wuppertaler Verhältnissen nicht abschrecken. Denn die Korruptionsaffären, die Wuppertal über die Schwebbahn hinaus bundesweit bekannt gemacht haben, führen dazu, dass es erstmalig keinen Lagerwahlkampf geben wird.

Neben SPD und CDU gibt es eine Alternative und die ist GRÜN.

Ein starkes GRÜNES Team mit einem GRÜNEN Oberbürgermeister stehen für ein Ziel: nachhaltig wirtschaften und ökologisch leben in einer soziale Stadt. Dieses Ziel beschreibt das Zieldreieck der lokalen Agenda. Und dieses Zieldreieck soll die Leitlinie nicht nur GRÜNER Politik in Wuppertal, sondern unserer Stadt Wuppertal selber sein. Sie haben die Wahl!

Nehmen Sie Ihre Stimme am 26. September wahr!

Mit freundlichen Grüßen



Lorenz Bahr
erster GRÜNER Oberbürgermeister für Wuppertal

Anzeige

Ratschronik vom 29.3.2004

Doppelhaushalt 2004/05

Als umfangreichsten und wichtigsten Tagesordnungspunkt hat der Rat den städtischen Haushalt behandelt.

Noch nie in der Wuppertaler Stadtgeschichte gab es weniger transparente Haushaltsberatungen: die Fachgremien wurden in die Vorberatungen nicht einbezogen, erst auf Antrag der GRÜNEN Fraktion wurden Fachausschussberatungen zumindest theoretisch ermöglicht. Theoretisch insofern, als eine Diskussion in den Ausschüssen nicht erwünscht war, da alle Verhandlungen bereits im Vorfeld abgeschlossen wurden. Ohne Beteiligung der Fraktionen.

Um das Schlimmste zu verhindern, stellen die GRÜNEN verschiedene Änderungsanträge zum Haushalt. Der wichtigste bezog sich auf geplante Einsparmaßnahmen in Höhe von 750.000 Euro in 2005 und 1,5 Mio. Euro in 2006 ohne konkrete Vorschläge der Verwaltung, wo genau gespart werden soll. Da die GRÜNEN den begründeten Verdacht hatten, dass es vor allem den Jugend- und Sozialbereich treffen wird, beantragte die Fraktion, erst dann über Einsparmaßnahmen zu entscheiden, wenn sie konkret an einzelnen Haushaltsstellen festgemacht werden. Dies wurde von der konservativen Mehrheit abgelehnt, erst nach der Kommunalwahl wird die "Katze aus dem Sack" gelassen. Die GRÜNE Fraktion konnte und wollte ein solches intransparentes Verfahren nicht mittragen und hat den Haushalt abgelehnt.

Weitere Änderungsanträge der Fraktion bezogen sich u.a. gegen die Kürzungen von Sachkosten im "freiwilligen" Bereich, gegen die Reduzierung der Straßenbeleuchtung, gegen die Streichung des Wuppertal-Passes, gegen die Reduzierung der Bezirks-Haushalte und vieles mehr.

Offene Ganztagsgrundschule

Ebenfalls auf Antrag der GRÜNEN Fraktion beschloss der Rat eine sozialverträgliche Staffelung der Elternbeiträge. Auch BezieherInnen von Sozialhilfe können ihre Kinder nun an der Offenen Ganztagsgrundschule anmelden.

SPNV Vohwinkel

Der Antrag der GRÜNEN Fraktion, dass sich alle Wuppertaler Mitglieder in der VRR-Verbandsversammlung dafür einsetzen sollen, dass in Tagesrandlagen und am Wochenende alle Regional-Express-Linien in Vohwinkel halten sollen, wurde einstimmig vom Rat beschlossen. Die von der Deutschen Bahn ausgehenden Reduzierungen der Regional-Express-Halte soll so entgegen gewirkt werden.

Managementprogramm "Innenstadtentwicklung"

Der GRÜNE Antrag auf Erstellung eines Managementprogramms "Innenstadtentwicklung" will vor allem zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqua-

lität in innerstädtischen Bereichen beitragen. Unattraktive Wohnungen sollen saniert, das Wohnumfeld verbessert und der Wohnungsleerstand verringert werden. Der Rat übersandte den Antrag zur Vorberatung in den Fachausschuss.

Landschaftspläne Nord und West

Zu beiden Landschaftsplänen reichte die GRÜNE Fraktion umfangreiche Änderungsanträge ein, um allein 29 ökologisch wertvolle Flächen unter einen besseren Schutzstatus zu stellen. Die temporären Erhaltungsflächen sollten abgelehnt werden, insbesondere An der Bük, die Kleine Höhe I, der Lohbusch, Haarhausen, Blumenroth, die Bahnstraße, die Kleine Höhe II, südlich Solinger Straße, Rother Straße, Greuel und Herichhausen/Nachtgalgenweg. Da die anderen Fraktionen mit Beschlussfassung der Landschaftspläne Nord und West die GRÜNEN Änderungsanträge für erledigt erklärten, konnten diese nicht zur Abstimmung kommen.

Temporäre Flächen

In einem extra ausgewiesenen Antrag wollte die Fraktion der GRÜNEN sicher stellen, dass die temporär dargestellten Flächen zukünftig in den Landschaftsplänen ohne zeitliche Einschränkung als Freiflächen ausgewie-

sen werden. Auch dieser Antrag wurde für erledigt erklärt.

Flächennutzungsplan (FNP)

Auch zum FNP stellten die GRÜNEN einen umfangreichen Änderungsantrag. Darin wird die Überarbeitung der Reserven für Gewerbeflächen und die Anpassung an den tatsächlichen Bedarf gefordert.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist der Ansicht, dass im neuen FNP zu viele Flächen für eine künftige Bebauung ausgewiesen werden – vor allem, wenn davon Flächen im Außenbereich betroffen sind. An der Ausweisung der Kleinen Höhe als hochwertigem „Gewerbepark“ wird z.B. immer noch festgehalten, obwohl dadurch ein wertvoller Biotopverbund im Freiraum zerstört wird.

Dies lehnt die GRÜNE Fraktion ebenso wie die Umweltverbände und Bürgerinitiativen aus ökologischen Gründen ab. Eine Realisierung ist offenbar bisher an den immensen Erschließungskosten und mangelnden Investoren gescheitert. So kann man inzwischen den Eindruck gewinnen, dass die Verwaltung die Gewerbefläche Kleine Höhe nur noch aus Prinzip weiter verfolgt. Gewerbebrachen im Innenbereich wie das Postverteilerzentrum am Westring, das Gelände des Media-Parks oder der Generaloberst-Hoepner-Kaserne, für die bereits ein konkreter Rahmenplan vorgestellt wurde, sind jedoch nicht im FNP dargestellt.

Ähnlich überzogen wie die Kleine Höhe ist die Ausweisung von Wohnbauflächen. Sie basiert auf dem Bestreben, mit Hilfe eines breiten Angebotes an Einfamilienhäusern für junge Familien den Bevölkerungsrückgang in Wuppertal zu stoppen. Auch vor diesem Hintergrund ist die Planung von mehr als 3.000 Einfamilienhäusern bei einem Flächenverbrauch von über 60 ha in den nächsten 10 – 15 Jahren nicht zu rechtfertigen.

Die von BürgerInnen und Verbänden vorgebrachten ökologischen Bedenken wurden in den Stellungnahmen der Verwaltung fast vollständig abgelehnt. Dieses Vorgehen erweckt den Eindruck, als habe BürgerInnen- und Verbändebeiträge für die Verwaltung nur eine Alibifunktion.

Wenn wie bei der geplanten Wohnbauung "Zum Lohbusch" 1.600 BürgerInnen ihre Bedenken gegen ein einzelnes Vorhaben äußern und diese Bedenken abgewiesen werden, dann wird unsere Stadt gegen den Willen der Bevölkerung gestaltet.

Mit diesem FNP wird die Basis für einen Flächenfraß gelegt anstatt den Flächenverbrauch zu minimieren, wie es für eine nachhaltige Stadtentwicklung nötig wäre. Mit ihm wurde jetzt die Planungsgrundlage für die nächsten 15 – 20 Jahre gelegt.

Da die Änderungsanträge der GRÜNEN Fraktion wie schon die vorhergehenden Anträge für erledigt erklärt wurden, lehnten die GRÜNEN den FNP ab.

Ratschronik vom 24.5.2004

Zwischenbilanz des Europabüros

Mit Hilfe eines umfangreichen Fragenkataloges bat die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Verwaltung, eine Zwischenbilanz nach Einrichtung des Europabüros vor 2. Jahren zu geben. Im Ergebnis wird die Arbeit als sinnvoll und angemessen betrachtet, eine Aufstockung des Personals ist trotz wachsender Aufgaben im europäischen Zusammenhang aus finanziellen Gründen nicht möglich, eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit wird für sinnvoll gehalten und die bergische Kooperation funktioniert.

Besonderes Augenmerk wird in der nächsten Zeit auf die "Dienstleistungen von allgemeinem Interesse" und damit auf die Diskussion um die Vorschläge zur Privatisierung von Teilen der kommunalen Daseinsvorsorge zu richten sein. Diese Auseinandersetzung wird von der GRÜNEN Fraktion besonders kritisch verfolgt werden.

Wuppertaler Stadtwerke

Auf Anfrage der GRÜNEN Fraktion erläuterte die Verwaltung den aktuellen Sachstand um die finanziellen Rückforderungen des Landes im Zusammenhang mit dem Schwebebahn-Ausbau. Ende 2002 war die WSW schon mit 73 Mio. Euro in Vorleistung gegangen, die Fraktionen wurden jedoch erst im Juli

2003 im Ausschuss Beteiligungssteuerung über den Sachstand informiert. Zu den Rückzahlungsforderungen des Landes konnte die Verwaltung noch keine Stellung nehmen, da die Bezirksregierung noch keine präzisen Forderungen gestellt und der Landesrechnungshof noch keinen Bericht vorgelegt hat, der die Grundlage für weitere Diskussionen sein wird.

Konzept für eine sinnvolle Sperrmüllverwertung

Der Antrag der GRÜNEN Fraktion auf Erstellung eines Konzeptes für Sperrmüllverwertung, das Abfallvermeidung durch Verwertung noch brauchbarer Möbel und Altholz aus dem Sperrmüll z.B. über einen Gebrauchtmöbelmarkt beinhaltet, wurde nicht vom Rat beschlossen. Die Verwaltung wurde gebeten, ein solches Konzept zu prüfen. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse.

Ausschuss für Migrationsfragen

Alle im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen kamen dem Wunsch des Ausländerbeirates nach und beschlossen die Bildung eines Ausschusses für Migrationsfragen. Der bisherige Beirat (mit nur beratender Funktion) wird dadurch zu einem ordentlichen Ausschuss, in dem die Mitglieder stimmberechtigt sind.

Ausbildungsplatzumlage

Gemeinsam mit der SPD stellten die GRÜNEN den Antrag, dass der Rat der Stadt das vom Bundestag beschlossene "Berufsausbildungssicherungsgesetz" begrüßt als einzig akzeptable Reaktion auf die drohende Unterversorgung von Jugendlichen mit Ausbildungsplätzen. CDU und FDP, die einen eigenen Resolutionsentwurf eingebracht hatten, der sich gegen die Ausbildungsplatzabgabe aussprach, reagierten mit Wahlkampf pur und gingen auf die Argumente, dass immer weniger Unternehmen (insbesondere Großunternehmen) ausbilden, nicht ein. Fakt ist, dass wir im Vergleich zu 2003 in diesem Jahr 8 Prozent weniger Ausbildungsplätze in Wuppertal zur Verfügung haben, sprich: auf 3157 BewerberInnen kommen nur 2088 angebotene Ausbildungsplätze. Das bedeutet, dass mindestens 1000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden werden. Das ist katastrophal. Die Frage nach der Perspektive für diese Jugendlichen wollten oder konnten weder CDU noch FDP im Rat beantworten. Für die GRÜNEN Populismus pur!

L 411: Verkehrsberuhigende Maßnahmen

Der Prüfauftrag der GRÜNEN an die Verwaltung wegen zwei schweren Verkehrsunfällen, verkehrsberuhigende

Maßnahmen insbesondere in den Ortschaften Cluse, Grüental und Spiekerlinde vorzulegen und auch die Wiederanbringung von "Starenkästen" dabei in Erwägung zu ziehen, wurde zunächst in den Verkehrsausschuss überwiesen und dort in der Folgesitzung einstimmig beschlossen.

Masterplan zur Entwicklung der Wuppertaler Gewerbeparks

Die GRÜNEN stimmten gegen den Masterplan, da er die Entwicklung der Kleinen Höhe zum Gewerbepark beinhaltete. Der Entwicklung der Flächen GOH-Kaserne, Rangierbahnhof Vohwinkel und Mediapark gaben die GRÜNEN ihre Zustimmung.

Von der Offenen Ganztagsgrundschule zur Ganztagsgrundschule

Der Antrag der GRÜNEN, sich der Resolution des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland vom April auf Errichtung einer Ganztagsgrundschule im Primärbereich mit Beschäftigung von qualifiziertem Personal, der Finanzierung aus einer Hand, dem Erhalt der Vielfalt der bisherigen Formen von Nachmittagsbetreuung, der Sicherung von Bildung und Erziehung etc. anzuschließen, wurde zunächst zur Vorbereitung in den Schulausschuss und den

Jugendhilfeausschuss überwiesen.

Managementprogramm L2004/05 der Stadt Wuppertal

Das umfangreiche Programm konnte aufgrund von Änderungsanträgen der CDU nicht beschlossen werden und wird in der nächsten Ratssitzung behandelt. Darin geht es um die städtischen Aktivitäten in übergeordneten Handlungsschwerpunkten wie die Regionale 2006 und in den drei Handlungsfeldern der Lokalen Agenda 21: Ökonomie, Ökologie/Stadtraum sowie Lebensqualität/Soziales/Kultur und Sport.

Managementprogramm "Innenstadtentwicklung"

Die GRÜNE Fraktion hat per Antrag die Verwaltung beauftragt, ein Managementprogramm "Innenstadtentwicklung" zu erstellen, in dem alle notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in innerstädtischen Bereichen berücksichtigt werden mit dem Ziel, dem Wohnungsleerstand insbesondere durch Sanierung unattraktiver Wohnung in der Innenstadt entgegen zu wirken. Mit der Überweisung des Managementprogramms 2004/05 wurde dieser Antrag ebenfalls auf die nächste Ratssitzung geschoben.

Manipulierter GENuss trotz Kennzeichnung

Fortsetzung von Seite 1

Viel präsenter ist jedoch zur Zeit die Gefahr, die von der Freisetzung von GVO ausgeht. Denn dabei kann es z. B. durch Pollenflug zu einer Verunreinigung von herkömmlichen Pflanzen kommen, die in der Nähe der Gempflanzen wachsen. Hier stellt sich zum einen die Frage nach dem Haftungsrecht, also wer haftet für Verunreinigungen von Produkten, die gentechnikfrei produziert wurden? Von grundlegender Bedeutung ist in diesem Zusammenhang aber auch die öffentliche Bekanntmachung von Flächen, auf denen ein Anbau genmanipulierter Pflanzen zugelassen ist. Nur so kann eine Kon-

trolle über mögliche Wege der Verunreinigung und ihre Verursacher gewährleistet und eine Garantie für gentechnikfreie Produkte übernommen werden.

Dazu wurde Mitte Juni eine Gesetzesvorlage der GRÜNEN Verbrauchermministerin Renate Künast im Bundestag verabschiedet, das in diesen Punkten für mehr Transparenz sorgt:

Es wird in Zukunft ein öffentlich zugängliches Standortregister geben, in dem Flächen, auf denen GVO angebaut werden, aufgeführt sind. Somit kann ausgeschlossen werden, dass einzelne Landwirte heimlich hinter dem

Rücken der umliegenden Betriebe Gempflanzen anbauen. Ebenso ist geklärt, dass Landwirte, die GVO anbauen, gesamtschuldnerisch und verschuldensunabhängig für Schäden durch Verunreinigungen in gentechnikfreien Betrieben haften.

Wesentlich erstrebenswerter ist natürlich der komplette Verzicht auf den Anbau von GVO in Wuppertal und Umgebung.

In diesem Sinne begrüßt die GRÜNE Ratsfraktion die Gründung der gentechnikfreien Region Niederberg und wird sich auch weiter für ein gentechnikfreies Wuppertal einsetzen.

Es bleibt zu hoffen, dass die ablehnende Haltung der VerbraucherInnen gegenüber Gentechnik sich auch in deren Kaufverhalten niederschlägt. Nur durch bewusstes Einkaufen können wir verhindern, dass Genfood quasi durch die Hintertür zur Selbstverständlichkeit auf unseren Tischen wird.

Wenn es aber gar keinen Markt für diese Produkte gäbe, hätte die Industrie keinen Nutzen davon, sie weiter herzustellen. Also, bringen Sie in Zukunft beim Einkaufen etwas mehr Zeit mit, schauen Sie GENau hin und lassen Sie genmanipulierte Lebensmittel im Regal liegen!

Eine praktische Hilfe dabei ist der Einkaufsratgeber „Essen ohne Gentechnik“ von Greenpeace, der einen Großteil von Firmen aus der Lebensmittelbranche und deren Produkte bewertet. Erhältlich ist die Broschüre z.B. in Reformhäusern und Bioläden. Auch die Wuppertaler Verbraucherzentrale hat im letzten Jahr einen Einkaufsführer für Wuppertal herausgegeben, in dem z.B. Bioläden, Biohöfe oder Vollwertbäckereien aufgeführt sind.

Wir appellieren an dieser Stelle an alle WuppertalerInnen: Leisten Sie Ihren Beitrag zu einem gentechnikfreien Wuppertal!